

QUARTALSBERICHT

Projektland: Slowakei

Quartal/Jahr: II/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Stimmung in der Bevölkerung zunehmend schlecht**
2. **Wahl des neuen Generalstaatsanwalts**
3. **Heftige Debatten im Nationalrat über die Wirtschaftssituation**

1. Stimmung in der Bevölkerung zunehmend schlecht

Nach jüngsten Umfragen von Meinungsforschungsinstituten, so zum Beispiel der Agentur MVK vom 19. Juni 2011, ist fast die Hälfte der Befragten von der Entwicklung in der Slowakei rund ein Jahr nach den Wahlen zum Nationalrat (*Národná rada Slovenskej republiky*) am 12. Juni 2010 enttäuscht. Fast jeder Dritte gab an, dass sich seine Befürchtungen haargenau erfüllt hätten. Als größtes Problem wird nach wie vor die Arbeitslosigkeit betrachtet, die nach Meinung von 43% der Befragten nicht ausreichend von der Regierung bekämpft wird. Mehr als 40% der Befragten bezeichneten die Vergrößerung der Schere zwischen Arm und Reich in der slowakischen Gesellschaft als ein Feld, in dem die Regierung von Ministerpräsidentin Iveta Radičová (SDKÚ-DS), einer früheren Soziologieprofessorin, nicht genügend tut. Der Unmut in der Bevölkerung richtet sich vor allem gegen die gestiegenen Lebenshaltungskosten, die vermeintlich zu wenig bekämpfte Kriminalität und das zu niedrige Niveau des Gesundheitssystems. Für ein EU-Land, so die kritischen Meinungen, habe die Slowakei noch immer eine zu hohe Korruption und zu viel Klientelismus. Das spiegelt die Meinung der Opposition wider, aber auch zunehmend die derjenigen, die vor einem Jahr die Parteien der mehrheitlich konservativen Regierungskoalition aus SDKÚ-DS, KDU, Most-Híd und SaS wählten. Auf der Jahresversammlung des slowakischen Kommunalverbandes ZMOS im Mai wurde Ministerpräsidentin Radičová und einige ihrer Minister durch die slowakischen Bürgermeister ausgepfiffen. Sie reagierten damit auf die weiteren Sparmaßnahmen der Regierung, insbesondere auf die Gehaltseinschnitte für die Angestellten und Mitarbeiter der Kommunen. Die Handlungsspielräume der Regierung sind begrenzt. Auch wenn sich Ministerpräsidentin Radičová letztes Jahr noch erfolgreich gegen eine Hilfe für Griechenland mit den Worten: "Wer weiß schon, wo das Geld nach ein bis zwei Tagen ist." aussprach, profitiert die Slowakei heute indirekt selbst von der

Rettung der Gemeinschaftswährung, die Anfang 2009 die slowakische Krone ablöste. Damals gehörte die Slowakei noch zu den wirtschaftlichen Musterschülern. Die Schuld an der schlechten Wirtschaftslage ist aber nicht nur in der Weltwirtschaftskrise und dem unter Druck geratenen Euro zu suchen. Vielmehr ist das Handeln der Regierung mit einem täglichen Drahtseilakt zu vergleichen, um das Zerfallen der Koalition zu verhindern. Vor allem der kleinste Koalitionspartner, die liberale SaS (Freiheit und Solidarität) droht immer wieder damit, die Regierung zu verlassen, um ihre Forderungen durchsetzen zu können, die sich nicht immer mit Haushaltskonsolidierung und Schuldenreduzierung decken. Staatspräsident Ivan Gašparovič bezeichnete das erste Jahr der konservativen Regierung als ein Jahr der Suche nach Verständnis nicht nur zwischen den Parteien der Regierungskoalition, sondern auch im Inneren des Landes. Als Ursache für die schwer zustande kommenden Gesetze und Beschlüsse bezeichnete er die Meinungsverschiedenheiten unter den Abgeordneten und die Uneinigkeit der Parteien in Bezug auf die einstige Regierungserklärung. Allen Parteien ist allerdings bewusst, dass bei einem Zerfallen der Regierung der Staatspräsident Gašparovič den ehemaligen sozialdemokratischen Premierminister Robert Fico (SMER-SD) mit der Regierungsbildung beauftragen würde.

In die Parteienlandschaft der Slowakei könnte auch künftig Bewegung geraten, da sich hinter den Kulissen Gerüchte um unzufriedene Abgeordnete und mögliche Parteineugründungen ranken. Die Abgeordneten Igor Matoviča (SaS) und Anna Belousovová von der sehr rechten Slowakischen Nationalpartei (SNS) kündigten die Bildung einer neuen Partei mit dem Namen Recht und Gerechtigkeit (PAS) an. Angeblich wird diese Formierung durch unzufriedene Unternehmer unterstützt, die sich damit einen Einfluss auf die Wirtschaftsgesetzgebung versprechen. Zu Beginn der Regierung einigte man sich, dass die Koalition die bereits im Wahlkampf durch die SaS geforderte Reduzierung der Zahl der Abgeordneten im Nationalrat von 150 auf 100 sowie der Zahl der Kommunalvertreter nicht durchführen wird. Nun allerdings hat die SaS ihre Wahlkampforderungen wieder ausgepackt und heizt so den Konflikt in der Regierungskoalition weiter an. Ein schlechtes Klima herrscht auch innerhalb der Partei der Premierministerin, die im öffentlichen Streit mit ihrem Finanzminister Ivan Mikloš liegt, der durch eine undurchsichtige Anmietung eines privaten Gebäudes für das Finanzamt in Košice von sich reden macht.

2. Wahl des neuen Generalstaatsanwalts

Nach fast einem Jahr und fünf gescheiterten Versuchen ist am 17. Juni endlich die Wahl des neuen Generalstaatsanwalts gelungen, um die eine innenpolitische Schlacht tobte. Das Tauziehen um den Kandidaten und die Wahl hatte fast zum Bruch der Regierungskoalition geführt, da Ministerpräsidentin Radičová bereits mit dem Rücktritt drohte, falls nicht endlich eine Lösung gefunden wird. Zunächst konnten sich die Regierungsparteien nicht auf einen Kandidaten einigen und fanden erst im November 2010, bei der sie haarscharf an einer Abstimmungsniederlage gegen den Kandidaten der Opposition vorbeischrämten, zueinander. Bei der kurz darauf folgenden Abstimmung im Dezember erhielt der Kandidat der Opposition, Dobroslav Trnka, 74 und der gemeinsame Kandidat der Regierung, Jozef Čentěš, 73 der 150 Abgeordneten der Nationalversammlung, aber keiner die Mehrheit. Das Patt zwischen

Regierung und Opposition, die durch einige Abweichler in der geheimen Wahl unterstützt wurde, dauerte an. Am Morgen des 17. Juni 2011 zog Dobroslav Trnka seine Kandidatur zurück, worauf die Opposition der Abstimmung fern blieb. In der anschließenden Wahl erhielt dann der Kandidat der Regierung, Jozef Čentěš, die Stimmen von 79 der 80 anwesenden Abgeordneten. Allerdings verweigert Staatspräsident Gašparovič die Ernennung. Ein Sprecher des Staatsoberhauptes gab bekannt, dass der Präsident den so gewählten obersten Dienstherren der slowakischen Staatsanwälte nicht in sein Amt einführen kann, solange das Verfassungsgericht nicht über die kurz zuvor durch den stellvertretenden Generalstaatsanwalt Ladislav Tichý eingebrachte Beschwerde entschieden hätte. Der Staatspräsident hält die Wahl für politische Zwecke missbraucht und sei der Meinung, dass wegen des vorangegangenen Streits im Parlament weder Čentěš noch Trnka für den Posten des Generalstaatsanwalts hätten kandidieren sollen. Damit heizte der Staatspräsident das ohnehin schon heiße Thema weiter an. Der Ausgang der Verfassungsgerichtsbeschwerde bezüglich der Wahl ist noch offen.

3. Heftige Debatten im Nationalrat über die Wirtschaftssituation

Wie bereits erwähnt, hat sich die Slowakei noch vor einem Jahr dem IWF-Rettungspaket für Griechenland verweigert. Die slowakische Regierungschefin machte damals glaubhaft aller Welt klar, dass man von der Slowakei nicht verlangen könne, dass ihre Rentner ihren Gürtel enger schnallen sollen, damit Griechenlands Rentner ihre teils bereits mit 48 Jahren erhaltenen Renten weiter beziehen könnten. Allerdings hat sich dann die Regierung letztlich der Hilfen für Griechenland nicht ganz enthalten, da auch die Stabilität der eigenen Gemeinschaftswährung auf dem Spiel stand. Die Oppositionspartei SMER-SD wirft Ministerpräsidentin Radičová vor, die Slowakei damit zu einem der an wenigsten solidarischen Länder innerhalb der Eurozone gemacht und das Ansehen beschädigt zu haben. In einer heftigen Debatte über die wirtschaftliche Situation und die neuerlichen Hilfen für Griechenland beschuldigte die Opposition die Regierung der Preistreiberei und der Anheizung der Inflation. *„Jede Familie in der Slowakei kann Iveta Radičová danken, dass sie zum Leben jetzt 500 bis 600 Euro mehr als im Jahr 2010 brauchen“*, sagte Fico und lenkte geschickt von der Wirtschaftskrise ab, deren Auswirkungen sich schon vor der Wahl 2010 zeigten. Die kleinere Koalitionspartei SaS zeigte sich entgegen ihrer politischen Ausrichtung wenig liberal und kritisierte die Regierung wegen der geplanten Zustimmung zu weiteren Griechenlandhilfen im Rahmen des jüngsten Kompromisses von Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Sarkozy. Von einer Einhaltung der Maastrichter Stabilitätskriterien von maximal drei Prozent Neuverschuldung, gemessen an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung, ist die Slowakei mit ihren diesjährigen 4,0% knapp entfernt und befindet sich in guter Gesellschaft der 24 EU-Mitgliedsstaaten, denen für 2011 erneut ein Defizitverfahren ins Haus steht.

Ulrich Kleppmann

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Budapest mit Zuständigkeit für Kroatien, Ungarn und die Slowakei.

Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Projektland Slowakei, II. Quartal/2011

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Eduard Buraš, Leiter des Bürgerverein FEMAN.

IMPRESSUM

Erstellt: 05.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de